

- Stärkere Gemeinden
- Zentrale Orte
- Stadtregionen
- Größere Chancen

Bürgermeister Bernd Rosenberger (Bruck/Mur)
Vorsitzender der Landesgruppe Steiermark des Österreichischen Städtebundes





Kleinstrukturiertheit der Gemeinden & demographische Entwicklungen

- Steiermark hat 542 Kommunen bei 1,2 Mio. EW, Oberösterreich im Vergleich dazu bei 1,4 Mio. EW nur 444 Gemeinden.
- 194 Gemeinden in der Stmk. haben < 1.000 EW (70 bis 500, 124 zw. 500 und 1.000);
- 39% der österreichischen Kleinstgemeinden (< 500 EW) liegen in der Steiermark ► Anzahl steigt durch demografischen Wandel stetig
- In den 194 Gemeinden unter 1.000 EW leben 113.109 Menschen

 ▶ der Anteil der Bevölkerung in dieser Klasse an der Gesamtsteirischen
 Bevölkerung = 9,37%, der Anteil der Gemeinden dieser Klasse an allen
 steirischen Gemeinden aber 36,16%



Der Koordinations- und Verwaltungsaufwand zwischen den Verwaltungsebenen ist durch die Anzahl der steirischen Gemeinden hoch!





<u>Ausgangspunkt - Projekt Regionext (2006):</u>

Ziele:

- Neustrukturierung und Weiterentwicklung der steirischen Regionalpolitik
- Attraktive Lebensräume gestalten
- Höhere Wettbewerbsfähigkeit

Zeitplan:

- <u>2006:</u> Projektstart "Regionext"
- 2008: ca. 80 Kleinregionen mit klaren Aufgaben und Strukturen Gründung eines Gemeindeverbandes, Erarbeitung eines Kleinregionalen Entwicklungskonzepts
- 2009: 16 politische Bezirke werden zu **7 Großregionen** zusammengefasst Regionalvorstand, Regionalversammlung, regionale Entwicklungsleitbilder





Projekt Regionext:



Ausgangslage: 16 Bezirke

- 1.1.2012: Zusammenlegung der Bezirke Judenburg und Knittelfeld → Murtal
- 1.1.2013: Zusammenlegung der Bezirke Bruck und Mürzzuschlag (102.707 EW), Feldbach und Radkersburg (89.957 EW) sowie Fürstenfeld und Hartberg (89.527 EW)

Ab 2013:

12 Bezirke, 1 politische Expositur und 1 Magistrat der Stadt Graz

Langfristiges

Einsparungspotenzial →

rd. 7 bis 9 Mio. Euro jährlich





Von Regionext zur Gemeindestrukturreform:

Beweggründe

- Finanzielle Lage der Gemeinden
- Bevölkerungs-Rückgang
- komplexer werdende hoheitliche und privatwirtschaftliche Aufgaben
- steigendes Anspruchs- und Kritikniveau der BürgerInnen
- gestiegene Mobilität (bis über 80% Auspendler-Quoten)
- Raumordnung und Infrastruktureinrichtungen
- Nachfolgeproblem bei pol. Ämtern

Ziele

- wirtschaftlichere, leistungsfähigere und professionelle Gemeindestrukturen
- deutliche Reduktion der 542Gemeinden
- Stärkere Gemeinden zentrale Orte





Finanzielle Situation der Gemeinden:

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl der Gemeinden	116	98	119	196	225
Abgänge in €	-12.278.781	-15.322.156	-18.088.669	-32.752.744	-45.069.909
Anzahl der betroffenen EinwohnerInnen	133.640	127.321	164.525	541.696	321.185

Tabelle 4: Übersicht Anzahl der Abgangsgemeinden, Summe der Abgänge in Euro und Anzahl der betroffenen EinwohnerInnen

Fast 50 Prozent der BZ Mittel werden für Haushaltsabdeckung benötigt. Den steirischen Gemeinden verbleibt bis 2014 kein finanzieller Spielraum für Investitionen in neue Projekte.

→ <u>Gemeindestrukturreform</u> als Instrument, um der Gefahr der fortschreitenden Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung entgegenzuwirken





<u>Bevölkerungsentwicklung</u>

Allgemeiner Bevölkerungsrückgang

- Im Zeitraum 1981 bis 2011 haben mehr als die Hälfte der steirischen Gemeinden (275 von 542 Gemeinden) an Bevölkerung verloren
- Bis zum Jahre 2030 wird sich Zahl weiter erhöhen auf 302 Gemeinden

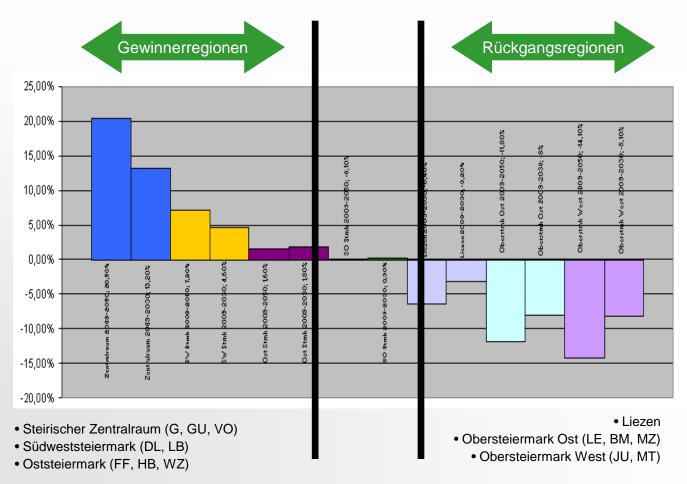
Ballungsraum Graz

Im Gegenzug wuchs Graz in den letzten Jahren um 40.000 Einwohner Laut Statistik wächst Ballungsraum um Graz um 1.000 EW/Monat





Bevölkerungsprognose für die steirischen Großregionen 2009-2050 und 2009-2030 auf Datengrundlage ÖROK 2009







Infrastrukturelle Ausstattung der steirischen Gemeinden:







Infrastrukturelle Ausstattung der steirischen Gemeinden:

Mehrzweck- und		
Veranstaltungshallen		433
Hallenbäder	29	
Freibäder	98	
Sporthallen	91	
Fußballsportanlagen		408





Raumordnung und Infrastruktur:

- Zusammenhängende bzw. zusammengewachsene Siedlungsräume sind Indikatoren für bereits jetzt Gemeindegrenzen überschreitende Entscheidungen der Bevölkerung und der Wirtschaft
- Infrastruktureinrichtungen bedürfen einer kritischen Anzahl an (möglichen)
 NutzerInnen

Nachfolgeproblem bei politischen Ämtern:

In vielen kleinen Gemeinden ist es immer schwieriger, KandidatInnen für Funktionen auf kommunaler Ebene zu finden



Politische Ämter können in größeren Strukturen leichter besetzt werden





1. Vorabklärungen

2. Analysephase

3. Vorbereitung und Vereinigung

4. Umsetzung nach Vereinigung

Meilenstein

PROJEKTSTART

Definition der Projektorganisation und Ziele Finanzanalyse

Organisationsanalyse

Infrastrukturanalyse

Klärung weiterer Fragestellungen

Meilenstein ENTSCHEIDUNG über neue GEMEINDESTRUKTUR Übereinstimmende GR-Beschlüsse der beteiligten Gemeinden Strategieteam install.

Antrag an die Landesregierung zur Genehmigung der Vereinigung

Meilenstein

GENEHMIGUNG der VEREINIGUNG

Bestellung eines Regierungskommissärs und eines Beirates durch LReg

Vorbereitungsarbeiten für die neue Struktur

Ausschreibung der GRW durch die LReg binnen 6 Monaten

Konstituierung der gewählten Organe der vereinigten Gemeinde





Phasenplan der Gemeindestrukturreform:

Vorschlagsphase	bis 31. Jänner 2012	Gemeinden melden sich freiwillig mit ihren Vorstellungen.
Verhandlungsphase	– 1. Februar bis 30. September 2012	Die eingegangenen Vorschläge der Ge- meinden werden mit denen des Landes koordiniert. Regionale Teams führen die Verhandlungen mit den Beteiligten.
Entscheidungsphase	– 1. Oktober 2012 bis 31. Jänner 2013	Die endgültigen Ergebnisse werden der Landesregierung vorgelegt. Begleitmaßnahmen wie Gesetzesände- rungen werden vorbereitet.
Umsetzungsphase	– 1. Februar 2013 bis 2015	Die Reform soll bis 2015 umgesetzt sein, damit der reguläre Gemeinderats- wahltermin im März 2015 eingehalten werden kann.





Lösungsansatz/Methodik:

- Bildung regionaler Gemeindezentren
- Orientierung am Konzept der "zentralen Orte"
- Zentrale Orte = jene Orte, an denen eine Mindestzahl an zentralen Diensten angeboten wird, die auch von benachbarten Orten in Anspruch genommen werden (Kindergarten, Volksschule, Nahversorger, Gasthaus, Allgemeinmedizin, Pfarre/Kirche, Bank, Apotheke, Rettung, Postamt/Postpartner).
- Zentrale Orte bilden die realen Lebenswelten in den Gemeinden sehr gut ab
- Alle NutznießerInnen öffentlicher Leistungen tragen zur Finanzierung bei
- Zentrale Orte versorgen andere Gemeinden mit Dienstleistungen und Gütern mit. Im steirischen Landentwicklungsprogramm (2009) wurden zentrale Orte mit landesweiter, regionaler und teilregionaler Bedeutung festgelegt.

Zentrale Orte sind nicht a priori mit der Neugliederung der Gemeindestruktur gleichzusetzen



<u>Strukturreform – begleitende Maßnahmen:</u>

- **■** FAG-Fusionsprämie: € 200.000 je fusionierter Gemeinde (bis 2014 im FAG)
- Im Finanzausgleich ist eine Fusionsprämie von Euro 200.000 pro fusionierter Gemeinde (aufgeteilt auf vier Jahre: Euro 80.000 im ersten, Euro 60.000 im zweiten, Euro 40.000 im dritten und Euro 20.000 im vierten Jahr) vorgesehen.
 - Weiters plant die Landesregierung für freiwillige Gemeindefusionierungen einen "Reformfonds" einzurichten. Dieser Fonds soll den Übergang zu einer neuen Gemeinde erleichtern.
- Reformfonds des Landes: Gemeinden können in der laufenden Verhandlungsphase ihre Vorstellungen deponieren
- GemO-Novelle: Der "Ortsteilbürgermeister" soll die "Ortsvorsteher" ersetzen
- Der Ortsteilbgm. wird vom GR aufgrund eines bindenden Wahlvorschlags der stimmenstärksten Partei im Ortsverwaltungsteil gewählt





Was kann es der Region bringen?

- Handlungsfähigkeit und Schlagkraft
 - Finanzieller Spielraum rund 5 Prozent der lfd. Gebarung
 - Weitere Professionalisierung auf allen Ebenen
 - Gemeinsamer Auftritt/Entwicklung als Wohn-, Lebens-, Wirtschaftsstandort
- Bürger
 - Gesicherte/bessere/günstigere Leistungsqualität
 - Gewachsener finanzieller Spielraum für Zukunftsmaßnahmen
 - Erforderliche Leistungen vor Ort
- Politik
 - Schlagkräftige Strukturen, größerer Spielraum
- Verwaltung
 - Attraktive Arbeitsplätze
- Steiermark
 - Starke und handlungsfähige Gemeindeebene





Synergiepotenziale:

- Verwaltung
 - Gemeinsame Verwaltungen (Meldeamt, Bauamt, Standesamt, Buchhaltung, Personal, EDV, ...)
- Schulen
 - Vorhandene Standorte besser auslasten, einheitliche Standards
- Kinderbetreuung
 - Bestehende Gruppen besser auslasten, bessere Vertretungsregeln
- <u>Kultur</u>
 - Gemeinsam Infrastruktur nützen
- Bauhöfe/technische Infrastruktur
 - Gemeinsam Personal, Fahrzeuge, technische Ausstattung, Räumlichkeiten nutzen
- Freizeitinfrastruktur/-betriebe





Zwei mögliche Optionen:

- Gemeindefusionen
- 2 Gemeindekooperationen





Gemeindefusionen

1.) Chancen der Fusion und erwartete Einsparungspotenziale:

- Geringere externe Kosten für Sachverständige durch höhere Professionalität der Verwaltung
- Mittel- bis langfristig geringerer Personal- und Sachaufwand
- Einkünfte aus Besitz und Unternehmertätigkeit: potenziell höhere Einnahmen bzw. niedrigere Ausgaben durch verbesserte Infrastrukturauslastung oder angepasste Gebühren
- Eigene Abgaben: potenziell h\u00f6here Kommunalsteuer durch gemeinsame Betriebsansiedelungspolitik
- Bezüge der gewählten Organe: geringere Ausgaben durch geringere Anzahl an Organen
- Durch größere Einheiten können Finanzmittel geballt eingesetzt werden und dadurch Investitionen ermöglicht werden, die sonst nicht erfolgen könnten







2.) Rechtssicherheit und Professionalität der Verwaltung:

- Viele Gemeinden müssen aufgrund der Komplexität der Rechtsmaterien (Raumplanung, Baurecht, Abgabenrecht etc.) auf teure externe Sachverständige zurückgreifen
- Ab einer gewissen EW-Zahl nehmen die Fallzahlen zu, sodass geschultes Personal eingestellt werden kann durch Fusionierung erhöht sich der Professionalisierungsgrad der Verwaltung
- Auch Dienstleistungen k\u00f6nnen verst\u00e4rkt/qualitativ h\u00f6herwertig angeboten werden, wenn es zu Fusionierungen kommt (z.B. Ausweitung der Kindergarten-\u00f6ffnungszeiten)
- Erhaltung bzw. Ausbau der Infrastruktur in größeren Einheiten einfacher



Professionalisierung der Verwaltung Erhalt/Ausbau Dienstleistungen und Infrastruktur





Gemeindefusionen

3.) Risken der Fusion:

- Mindereinnahmen aus dem FAG theoretisch denkbar
 (Einwohner-Schwelle wird nicht überschritten, Ertragskraft steigt)
- Umstellungskosten
- Ehrenamtliche könnten sich zurückziehen
- Einsparungspotentiale werden nicht gehoben (alle Einrichtungen bleiben wie bisher bestehen)
- Frage der Nachnutzung von nicht mehr benötigten Einrichtungen muss gelöst werden
- Aspekte der Erreichbarkeit







Gemeindekooperationen

1.) Chancen der Kooperation:

- Einsparungen, Qualitätssteigerung
- höhere Rechtssicherheit können theoretisch auch mit Kooperationen verwirklicht werden (in der Realität jedoch kaum der Fall)
- Effizienzsteigerung, Professionalisierung mit Eigenständigkeit positiv besetzt, leicht umsetzbar
- Bereits Erfahrungen vorhanden
 (Abwasserverband, Abfallwirtschaft etc.)







Gemeindekooperationen

2.) Risken der Kooperation:

- Keine Kooperationen bei so entscheidenden Zukunftsfragen wie der Raumplanung
- Funktioniert nur, solange alle Partner es wollen
- Hoher laufender Abstimmungsbedarf, lange Verhandlungen
- Verteilungskonflikte, Kostentragungskonflikte
- Einzelinteressen der betroffenen Gemeinden





2

Gemeindekooperationen

3.) Risken der Kooperation:

- Zusätzliche Leistungs- und Verrechnungskreise in den Gemeinden
- Entscheidungen werden in die Verbandsstruktur ausgelagert und die Gemeinderäte umgangen
- Hoher Aufwand durch zusätzliche Verwaltungsebene
- Unverbindlich, kann jederzeit aufgelöst werden
- Boykott eines Partners kann Realisierung unmöglich machen





Von den Kleinregionalen Entwicklungskonzepten (KEK) zur Fusion:

Erfolgsfaktoren:

- Transparenter Prozess auf Basis klarer Ziele
- Kommunikation und Partizipation
- Nutzen der Synergiepotenziale
- Passende Projektgeschwindigkeit
- Projektorganisation
- "Win-Win-Situation" Faktoren

Finanzielle Vorteile

Raumplanerischer Nutzen/Entwicklungsmöglichkeiten

Gleichwertigkeit und Gleichbehandlung der Fusionspartner

Projektorganisation, räumliche Verteilung der Infrastruktur...

professionelle externe Begleitung





Von den Kleinregionalen Entwicklungskonzepten (KEK) zur Fusion:

Vorarbeiten:

- Politische Willenserklärung aller Gemeinden einen solchen Prozess gehen zu wollen
- Offenheit aller Beteiligten gegenüber den Arbeitsergebnissen
- der Aufgabenstellung gewachsene Projektorganisation
- professionelle externe Begleitung
- "Das Ganze" im Auge zu behalten…
- Öffentlichkeitsarbeit

Das Land Steiermark strebt als Ziel der Gemeindestrukturreform Fusionen von Gemeinden an.







Umfrage

Gemeindefusionen

Erhebungszeitraum Dezember 2011

Telefonische Interviews

N = 1.603

Im Auftrag der Tageszeitung "Standard"

Funktionärsbefragung/Bürgermeinung:

Fragestellung:

Wäre es für sie persönlich ein Nachteil, wenn Gemeinden zu Großgemeinden zusammengelegt werden?

	Total Sample	Nachteil	Keine Auswirkung	Keine Angabe
Ö. Bevölkerung ab 16 Jahren	1.603	32%	62%	6%
Steiermark	234	34%	63%	3%

